

## Die serbische Note.

Die Note, die die serbische Regierung ihren Gefährten in Berlin, London, Paris, Petersburg und Rom zugestellt hat und wonach sie die Wahrnehmung ihrer Interessen den Märkten amerikanisch hat in Wien durchaus keinen günstigen Eindruck gemacht; denn sie läßt das Wesentliche vermissen: eine

### Erklärung über die Abrüstung.

Wie Wiener Blätter melden, sind kurz nach dem Bekanntwerden der Note eine Beratung der Generalität in Wien statt, an der alle kommandierenden Generale teilnahmen. Die Wiener Blätter stimmen dann auch in der Auffassung überein, daß, wenn auch die serbische Note eine Art gedeckten Rückzuges andeuten mag, die notwendigeklärung der Lage keineswegs erfolgt ist. Am zuverlässlichenste urteilt noch die Neue Freie Presse, aber auch sie sagt, es fehle alles, was die zwei Nachbarstaaten nach den Vorfällen der letzten fünf Monate dringend brauchen, um das gegenseitige Vertrauen wieder herzustellen und sich gegenseitig wieder in voller Sicherheit zu fühlen, um mit den kriegerischen Vorbereitungen aufzuhören zu können.

Wenn man den Meldungen aus Serbien Glauben schenken darf, so hat dort eine ruhigere Stimmung Platz geöffnet. Als ein bemerkenswertes Zeichen ist die vollkommen friedliche

### Stimmung der Skupstchina

zu betrachten, in der der Minister des Auslands, Milovanowitsch, die russische und die an die Großmächte gerichtete serbische Note verlas. Milovanowitsch hob hervor, daß die Großmächte bedingungslos die Erhaltung des Friedens wünschen und daß Serbien sich dem Verlangen der Mächte fügen müsse. Die Skupstchina hörte ruhig zu. Weber stumbgebungen des Reichstags noch des Beifalls wurden laut. Das will viel heißen, denn die Skupstchina hatte doch einstimmig die Durchführung der serbischen Anprüche gefordert. Bezeichnenderweise wurde am selben Tage, an dem die serbische Regierung ihre Note an die Großmächte absonderte, an die Reiterposten des dritten Aufgebotes Waffen und Munition verteilt, was seit dem serbo-bulgarischen Krieg nicht geschehen ist. Das spricht nicht für friedliche Absichten Serbiens.

### Die Aussöhnung Russlands

geht dahin, daß die Note Österreich-Ungarns nicht befriedigen könne. Ja, man glaubt sogar in Petersburg, daß sie Österreich veranlassen könnte, ein Ultimatum zu stellen. Wie verlautet, soll Russland an der Westgrenze, besonders im Wiener Militärbezirk, bereits Vorsichtsmäßigkeiten getroffen haben. Die Lage wird teilweise als sehr ernst angesehen.

In diesem Augenblick ist besonders das Verhalten Italiens

bemerkenswert. Die amtliche Tribuna schreibt, von Anfang an habe keine Staatskanzlei dem Stolze Österreich-Ungarns zu nahe treten wollen, und das kann man jetzt, wo sich der Horizont gefärbt habe, erst recht nicht ausschließen. Die Frage soll vor einer Konferenz gebracht werden. Sollte man sich dem widersehen, dann müßte man annehmen, daß Österreich mit Absicht einen durch nichts gerechtfertigten Druck ausüben will, und Deutschland die Absicht hat, das Wasser zu trüben. Dies würde aber im vollen Gegensatz zum Grundcharakter der deutschen Regierungspolitik stehen.

Inzwischen haben England, Russland, Frankreich und Italien den Gedanken ausgegeben, in Wien Vorstellungen erheben zu lassen. Denn nach den Äußerungen eines hochstehenden französischen Diplomaten soll der Wiener Regierung folgendes vorgegeschlagen werden: Die Botschafter Frankreichs, Englands, Russlands und Italiens enthalten sich bis auf weiteres jeder Einmischung in die Verhandlungen. Es wird dafür Sorge getragen werden, daß die serbische Antwort (die Wirkung betreffend) in einem Österreich befriedigenden, aber Serbien nicht demütigenden Tone gehalten sei. Dem diplomatischen Takt der österreichischen Regierung bleibt die Wahl

der Form überlassen, daß Ergebnis der österreichisch-serbischen Verhandlungen rechtzeitig zur Kenntnis der Großmächte zu bringen. Hierauf wäre von Kabinett zu Kabinett zu erörtern, ob der eine oder andre Punkt jener künftigen österreichisch-serbischen Verständigung geeignet erscheine, die Billigung der Berliner Vertragsmächte zu erhalten, oder ob das Abkommen in allen seinen Punkten als österreichisch-serbischer Nachbarvertrag anzusehen sei und demgemäß die einfache Kenntnisnahme genüge.

Man glaubt in Paris, daß weder in Wien noch in Berlin diese Art der Erledigung der schwelenden Fragen Widerstand finden wird. Dabei übersteht man aber, daß Österreich-Ungarn (und mit ihm Deutschland) nur solche Fragen auf der Konferenz behandeln wissen wollen, die vorher durchaus gelläufig sind. Diesen Standpunkt nimmt übrigens neuerdings auch die Türkei ein. In wohlunterrichteten Kreisen, die der türkischen Regierung nahestehen, wurde bezüglich der Konferenzfrage erklärt, die Türkei stehe durchaus auf dem Standpunkte Deutschlands und Österreich-Ungarns, daß eine Konferenz nur die Aufgabe haben könne, von zugetroffenen Abmachungen Kenntnis zu nehmen.

Nach wie vor ist also die Lage ungeläufig. Die Bedeutung der serbischen Erklärungen erschwert die Lage, anstatt sie zu entwirren. Und die serbische Politiker tun das ihre, um neuen Grund zur Beurteilung zu schaffen. So äußerte der Ministerpräsident im Kreise von Parteifreunden: Serbien verlange eine

### europeäische Konferenz

und erst vor dieser werde es seine Wünsche bekanntgeben. Milovanowitsch fügte hinzu, daß Russland, England und Frankreich den Inseln, der Note billigen. Auf die Frage, was man zu tun gedenke, wenn die Konferenz nicht zustande komme, erwähnte der schwere Ministerpräsident Baschić, daß nach bestimmter Nutzung Russlands die Frage nur auf dem Wege einer Konferenz geregelt werden könne. Sollte die Konferenz nicht zustande kommen, so würde die Frage offen bleiben, d. h. es würde die Angliederung der Provinzen von Seiten Russlands sicher nicht anerkannt werden. Dies würde für Österreich-Ungarn von größter Tragweite sein. Serbien habe Zeit. Je länger sich die Sache hinziehe, desto mehr Zeit bleibe Serbien, sich für den entscheidenden Moment zu rüsten. Serbien werde vor Österreich-Ungarn nicht kapitulieren, solange es von Russland die gleiche, aufrichtige Unterstützung erfahre, wie in der letzten Zeit.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Kaiser Wilhelm empfing am 11. d. den Reichskanzler in längerer Audienz. Wie verlautet, hat der Kaiser dem Monarchen einen Brief über die gegenwärtige Lage auf dem Balkan gegeben.

\* In parlamentarischen Kreisen erhält sich das Gericht, daß der preuß. Kultusminister Dr. Hollé mit Mühe auf seinen andauernd ungünstigen Gewissenszustand nicht wieder in sein Amt zurückkehren werde. Unter den Namen der Kandidaten, die als seine Nachfolger in Betracht kommen sollen, wird neuerdings neben dem ehemaligen Reichsminister Schwarz-Schäffer sowie dem Oberpräsidenten v. Jagow und d. Regel auch derzeitiger des Oberpräsidenten v. Bentzel (Hannover) genannt.

\* Der Bundesrat hat dem Entwurf eines Gesetzes betr. Änderung des Strafgesetzbuches zugestimmt.

\* Die diesjährige Kaiserparade, die wahrscheinlich im nördlichen Wittenberg stattfinden werden, sollen einen ganz besonders großen Umfang annehmen. Unter anderem werden fünf bairische Divisionen teilnehmen.

\* In der Reichskommission ist ein von der Regierung als unumkehrbar bezeichnete Antrag auf gesetzliche Einführung des 8-Uhr-Ladenschlusses im Handelsgewerbe angenommen worden.

Nemesis.

29) Kriminalroman von E. Götzky.

Fortsetzung.

Das elegante Paar war längst von der Badegesellschaft auf der Veranda beschattet worden, aber niemand ahnte, welche Fäden von dem Haushofmeister des Majoratsbeträgers von Grödenitz und der schönen Frau von Bettini hier am Strand angeknüpft worden waren und daß dieselben bis zur fernen Residenz sich ausdehnen würden, um sich dort zu einem gefährlichen Netz zu verschließen.

11.

Am andern Tage reiste Leonhard nach der Hauptstadt ab. Ein ihm in der Kammer ausgestelltes und mit dem Wappen der Grödenitz unterzeichnetes Dokument, welches ihn als den freiherrlichen Haushofmeister Hartwig bezeichnete, biente ihm als Beglaubigung.

Er mietete sich in dem besten Teil der Residenz eine elegant möblierte Wohnung von drei Zimmern und traf dann seine Vorbereitungen für die Ausführung des Geschäftes, das ihn nach der Residenz zurückgeführt hatte.

An dem Gehöftrank des Buchers des Grödenitz Seligmann, der mit dem verstorbenen Baron Kuno in für diesen so verderblich gewordenen Geschäftsverbindungen gestanden hatte, sollte ein Aderlass vorgenommen werden.

Leonhard sagte sich mit vollem Reduz., daß Seligmann, da er Geldgeschäfte von solchem Umfang, wie mit Baron Kuno gemacht, ein sehr reicher Mann sein müsse.

Die Wohnung desselben erjäh Leonhard leicht aus dem Abreißbüro. Dieselbe lag in einer nordwestlichen Vorstadt der Residenz.

Am Abend des zweiten Tages nach seiner Ankunft unternahm Leonhard einen Streifzug nach der betreffenden Vorstadt, auf dem er aber nichts Besonderes über die Ausführbarkeit seines Unternehmens auskundschaftete.

Seligmann, ein in aristokratischen und Offizierskreisen sehr bekannter Geldmann, bewohnte ein altmodisches, kleines Landhaus, das in dieser abgelegenen Vorstadt der modernen Bauphysik noch nicht zum Opfer gefallen war. Es lag, von der Straße entfernt, am Ende eines Gartens, der von drei Seiten von einer Mauer umgeben war: auf der vierten Seite, hinter dem Hause, war der Garten durch den Fußweg begrenzt, der in mehreren Armen die Kellner durchströmte, die sich hier in der Vorstadt zu einem Wasser von beträchtlicher Breite vereinten. Auf der Gartenmauer befand sich ein hohes eisernes Gitter mit Langenzapfen und sämtliche Fenster des Landhauses waren mit starken Stäben versehen. Der Gartenmauer gegenüber, auf der andern Seite der Straße, befand sich ein Restaurant.

Das kam Leonhard sehr gelegen: er ging in das Wirtshaus hinein, bestellte sich ein Abendessen und sprach mit dem ihm bedienenden Kellner ein Gespräch an. Ein bei dem Zahlen der Rechnung dem Kellner gesprochtes reichliches Trinkgeld machte diesen immer geschwätziger, so daß er auch, nachdem Leonhard gepeist und sich mit einer angezündeten Zigarette an das Fenster gesetzt hatte, in dessen Nähe stehen blieb.

Das kam Leonhard sehr gelegen: er ging in das Wirtshaus hinein, bestellte sich ein Abendessen und sprach mit dem ihm bedienenden Kellner ein Gespräch an. Ein bei dem Zahlen der Rechnung dem Kellner gesprochtes reichliches Trinkgeld machte diesen immer geschwätziger, so daß er auch, nachdem Leonhard gepeist und sich mit einer angezündeten Zigarette an das Fenster gesetzt hatte, in dessen Nähe stehen blieb.

\* Das preuß. Abgeordnetenhaus hat am 11. d. die wichtigsten Vorlagen seiner Sitzung unter Dach und Fach gebracht; denn es stand die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Anziehung der Beamten zur Gemeindesteuer sowie die Wohnungsgeldzulage und das Steuerrecht über die Vermietungswerte im (gezulagten Wein) wie beim § 6 d (Verlängerung) aufrecht erhalten müssen.

\* Die Tage sind von der Regierung im Westen Deutschlands fünf Weinkontrollen, zwei in Kreuznach, zwei in Koblenz, einer in Trier angestellt worden. Im Osten sollen demnächst eine oder zwei solche Sitzungen eingerichtet werden.

### Frankreich.

\* Der Senat hat die neue Nachtragsforderung für Marocco in Höhe von 25 Millionen Franken angenommen.

\* Zwei hohe französische Offiziere wurden wegen Disziplinarbruchs im Anschluß an Reibereien zwischen Kolonialregimentern und Truppen der regulären Armee zu Stubenarrest verurteilt. Sie hatten Einspruch erhoben, als der Kommandeur ihre Regimenter des fortlaufenden Disziplinarbruchs beschuldigte, und erklärte, der größere Teil der Kolonialsoldaten werde in einem europäischen Kriege „hintenbleiben“, wenn es gelte, den Feind anzugreifen.

### England.

\* Die Admiralsität hat beschlossen, unverzüglich mehrere Kriegsschiffe mit rauchoflosen Motoren (der neuen Erfindung einer englischen Schiffbauwerkstatt) bauen zu lassen. Die neue Erfindung ermöglicht den Bau von Schiffen ohne Schornsteine, was für die Gesetzlichkeit der Schiffe von unabsehbarer Tragweite ist.

### Italien.

\* Die Nachricht von der Auswahl eines weltlichen Machts in einer weltlichen Macht bei der Papstwahl wird jetzt amtlich bestätigt. Im Amtsblatt des Bauschins heißt es über das Einspruchrecht u. a.: „Wir verbieten allen Kandidaten und allen andern, die einen Teil an der Papstwahl haben, unter irgendwelchen Vorwände von einer weltlichen Macht den Auftrag anzunehmen, Einspruch zu erheben, sei es auch nur unter der einfachen Form eines Wunsches.“ — Die Bula ermahnt ferner die Kardinäle, bei einer Papstwahl keinerlei Rücksicht auf Gemütsbewegungen weltlicher Fürsten oder auf sonstige weltliche Gewidrigungen zu nehmen, sondern nur den Ruhm Gottes und das Wohl der Kirche im Auge zu haben und ihre Stimmen auf den zu vereinen, der am höchsten ist, die Kirche in fruchtbringender und nützlicher Weise zu leiten.

### Russland.

\* Nach einer Meldung des P. Z. wird in den nächsten Tagen die Begnadigung der in der Peter-Pauls-Festung gefangenen „Helden“ von Port Arthur, des Generals Stössel sowie der Admirale Nebogatow, Grigorjew und Lischin erfolgen. Lischin hat, wie es heißt, in jüngster Zeit einen Schlaganfall erlitten und der Admiral Lischin ist an Schwindsucht erkrankt, so daß die Ärzte ihn den Aufenthalt in südländischem Klima „verordneten“. Der Marineminister beauftragte das Gnadenjahr beim Baron.

### Amerika.

\* Die meksikanische Regierung hat eine Anzahl von Offizieren zum Studium des Militärs wesens nach Japan und Deutschland entsandt. Diese Offiziere sollen nach ihrer Heimkehr eine völlige Neuordnung in der meksikanischen Armee vornehmen.

### Afrika.

\* Zwischen Siam und England ist ein Vertrag unterzeichnet, durch den letzter drei neue Provinzen auf der malaiischen Halbinsel gewinnt.

## Deutscher Reichstag.

Am 11. d. wird die zweite Lesung des Wein-

gesetzes fortgesetzt bei § 3.

Abg. Spindler (Centr.): Wir halten an den Kommissionsbeschlüssen fest. Die Kommissionen treffen das Richtige, sie berücksichtigen das Interesse der Winzer. Die Vorlesungen über Deklarationszwang wollen wir sowohl beim § 5 (gezulagten Wein) wie beim § 6 d (Verlängerung) aufrecht erhalten müssen.

Abg. Pfeiffer (nat.-lib.): empfiehlt die beiden Teile seines Antrages. Über die Rotweindräger hinaus werde ohnehin kein Weinkäufer zu zwingen; denn wer gutem Wein zufießt, werde ohnehin schon durch seine Dummheit gestraft.

Gemeinrat Stein: Die Bedenken der beiden Vorredner in bezug auf die angeblich zu elastische Vorauflage der Zulassung sind doch wohl nicht berechtigt. Die Herren nehmen zwar an, es könnte zu einem Fallstrick auch für ehrliche Leute werden, wenn die Zulassung nur erlaubt wird, unbeschwert es der Verkaufsstelle des aus Traubens gleicher Art und Herkunft in guten Jahren ohne Zusatz gewonnenen Erzeugnisses entspricht. Aber was ein guter Jahrgang ist, darüber besteht unter den Sachverständigen doch wohl nicht solche Unwissenheit oder Meinungsverschiedenheit, wie die Herren, die diese Worte gebracht haben wollen, annehmen. Dem Antrag Hormann (31. Januar) bitte ich das Haus, zugestimmen.

Abg. Pfeiffer (El. Centr.): spricht gegen Abg. Pfeiffer. Sein Antrag sei unnötig. Es gibt überall Sachverständige, die feststellen, was ein guter Jahrgang ist. Wie hätten schon an eine Herauslegung des gültigen Zulassungslagers gedacht. Von einer Bemerkung kann keinesfalls die Rede sein. Ein Verlängerung der Zulassungsfrist stimmen wir nicht zu.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (soc.): Konkurrenzweise hätte die Regierung die Zulassung von den behördlichen Genehmigungen abhängig machen müssen. Das wollte sie aber nicht. Die Zulassung bis zu 20 Prozent ist übergegangen. Wir hoffen, daß die Regierung die Vorlage an dem § 6 d nicht wird weglassen lassen.

Abg. Schäfer (Centr.): Das richtige ist, die Kommissionsbeschlüsse einzunehmen und alle Bedenken in bezug auf Kleinheiten zurückzustellen. Der Antrag Pfeiffer ist mir unannehmbar. Am besten wäre es, wenn eine Zulassung ganz unterbleiben könnte. Auf § 6 d darf keinesfalls verzichtet werden. Bei einer Abstimmung das ist herausgestellt, daß der best. Wein, Rotwein, stark mit spanischem Wein vermischt war. Verkauft wurde er als deutscher, badischer Wein. Dabei geht der Weinbau in Baden zurück!

Abg. Wolff-Metternich (Bir.) erklärt sich für den Antrag Pfeiffer bez. Streichung der zu elastischen Bestimmung im § 3, sowie für den Antrag Hormann, die Zulassung bis zum 31. Januar zulassen.

Abg. Br. Hey zu Herrnsheim (nat.-lib.): bestätigt den Antrag Pfeiffer. Er erläutert, wonach ein Verbot aus Erzeugnissen verschiedener Herkunft nur dann nach einem der Anteile benannt werden darf, wenn dieser in der Gemüsemenge überwiegt und die Art bestimmt. Der Antrag sei praktisch und durchführbar.

Abg. Wieland (sdd. Bp.): Den Antrag Pfeiffer lehnen wir ab.

Abg. Thaler (Centr.): begründet einen Antrag, wonach die Menge des gültigen Zulassungslagers nicht prozentual festgelegt wird; sondern es soll so viel Zulassung gegeben werden, wie es nötig ist, um ein Erzeugnis zu gewinnen, wie es in guten Jahren erreicht wird.

Abg. Karsen: Bemerkungen des Abg. Gregoire (Polit.) schließen die Erörterung. Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird § 3 in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen. Auch sonst bleibt es bei den Kommissionsbeschlüssen, obwohl bei § 6 d best. Staatssekretär v. Betschmann § 6 d. Unannehmbar der verbündeten Regierungen wiederholt.

Der § 6 d, der den Verschnitt behandelte, wird mit überwältigender Mehrheit gegen wenige feindselige Stimmen angenommen.

Die §§ 7 und 8 werden ohne Debatte angenommen.

Beim § 9, der den Hausrat behandelte, bitte Abg. Wieland (nat.-lib.), die Kontrolle über den Hausrat möglichst wenig belastigend zu gestalten.

Bei § 14 erläutert Abg. Wieland im Namen aller kleinen nicht laufmännisch gebildeten Leute dringend, die Durchführung so einfach wie möglich zu gestalten.

Der Antrag Hormann zu § 13 wird abgelehnt und das Weingesetz in allen seinen einzelnen Paragraphen unverändert in der Kommissionssatzung angenommen.

Das Gesetz über die Doppelbesteuierung wird nach kurzer Erörterung in zweiter Lesung in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen mit der Befreiung, die mögliche Befreiung der kommunalen Doppelbesteuierung wünscht.

Herauf verzögert sich das Haus bis Dienstag.

doppelter Millionär, dabei aber ein schmugler Geizhals, der in seinem Kuhren kaum von einem Bettler zu unterscheiden ist.“

Leonhard wußte sehr geschickt immer mehr aus dem Kellner herauszulösen. So erfuhr er denn von diesem, daß der alte Seligmann sich gewöhnlich in einem, im Erdgeschoss liegenden Kabinett aufhalte, von wo aus er jeden Menschen sehen könne, der sich an der in der Mauer befindlichen Gittertür zeige, so daß er nur denjenigen Personen öffnen lasse, die er empfangen wolle.

Gerade über diesem Kabinett befand sich im ersten Stockwerk sein Wohnzimmer und man vermutete, daß er in dieser Stube